Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/11146

23. 06. 98

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Angelika Beer, Winfried Nachtwei, Annelie Buntenbach, Christian Sterzing und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Beratung des Abschlußberichtes des 1. Untersuchungsausschusses des Verteidigungsausschusses gemäß Artikel 45 a Abs. 2 GG – Drucksache 13/11005 –

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Untersuchungsausschuß des Verteidigungsausschusses zur Aufklärung rechtsextremistischer Vorfälle in der Bundeswehr war notwendig. Er hat seine Aufgabe, dem Parlament zur Vorbereitung politischer Entscheidungen wichtige Erkenntnisquellen zu öffnen, nur unzureichend erfüllt. Ausgehend von drei Fallkomplexen brachte er wichtige Erkenntnisse über die innere Lage der Bundeswehr und Hinweise auf interne Fehlentwicklungen bzw. Defizite. Die Begrenztheit des Untersuchungsgegenstandes durch die überwiegende Orientierung an einzelnen Vorfällen verhinderte aber eine umfassende und gründlichere Analyse der bundeswehrinternen Faktoren und Entwicklungen, die neben allgemein gesellschaftlichen Faktoren zu rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Vorkommnissen in der Bundeswehr beigetragen haben können. Bisher wurde kaum berücksichtigt, daß die Bundeswehr sich aus jenen Jugendlichen im wehrpflichtigen Alter rekrutiert, bei denen der Anteil von rechtsextrem Orientierten am höchsten ist, daß diese Tendenz steigt und daß eine Armee und die ihr eigenen Strukturen für diese Gruppe besonders attraktiv sind.

Vor dem Hintergrund, daß die Bundeswehr Teil des staatlichen Gewaltmonopols der Bundesrepublik Deutschland ist, ergibt sich hieraus eine besondere Herausforderung für das Parlament und für die Bundeswehr und ihre Verankerung in der Demokratie. Ziel muß es sein, den rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Vorkommnissen in der Bundeswehr klar entgegenzutreten und ihre Ursachen zu bekämpfen.

Der Deutsche Bundestag hält es für erforderlich, Stand und Fehlentwicklungen in den Bereichen der Inneren Führung, geistigen Orientierung der Vorgesetzten und der Soldaten, der Traditionspflege und der politischen Bildung umfassend zu analysieren. Nur auf der Grundlage einer fundierten Lagefeststellung können Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in der Bundeswehr wirksam bekämpft und notwendige Reformschritte eingeleitet werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine sozialwissenschaftliche Studie über die Einstellungsmuster von Wehrpflichtigen, Zeit- und Berufssoldaten verschiedener Dienstgradgruppen und Waffengattungen im gesellschaftlichen Kontext und in ihrer Entwicklung in Auftrag zu geben und diese in regelmäßigen Abständen fortzuschreiben, um längerfristige Einstellungsveränderungen feststellen zu können.

2. Eine unabhängige, paritätisch besetzte Expertenkommission unter Beteiligung des Parlaments einzusetzen, die freien Zugang zu allen Einrichtungen der Bundeswehr erhält, und Antworten auf folgende Fragen erarbeiten soll:

   a) Wie ist es um die Praxis der Inneren Führung in der Bundeswehr bestellt? Welche Auswirkungen hatten die sicherheitspolitischen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre auf das Bild des Soldaten und welche Korrekturen sind hier notwendig? Inwieweit müssen die Grundsätze der Inneren Führung weiterentwickelt werden, und welche praktischen Schritte sind dazu notwendig?

   b) Wie sieht die Praxis der Traditionspflege in der Bundeswehr aus? Welchen Bedarf an Traditionspflege gibt es in den Streitkräften, und wie kann er in ein praktizierbares Konzept, das den demokratischen Normen entspricht, umgesetzt werden? Wie kann gewährleistet werden, daß in Zukunft jeglicher positiver Bezug auf die Tradition der Wehrmacht ausgeschlossen ist?

   c) Welche Möglichkeiten bestehen, den Attraktivitätsmerkmalen militärischer Strukturen für Männer mit rechten oder rechtsextremen Orientierungen entgegenzuwirken? Wie müssen Früherkennungsinstrumente beschaffen sein, um die politische und militärische Führung rechtzeitig auf rechtsextreme Szenen- und/oder Gruppenbildung oder Ansätzen dazu aufmerksam zu machen? Welche Handlungsoptionen erfordert das Problem, daß sich eine Reihe hoher Offiziere nach ihrer Pensionierung z. T. offen im rechtsextremen Umfeld bewegen und die Reputation ihres Titels für undemokratische Zwecke nutzen bzw. benutzbar machen?

   d) Wie kann der Widerspruch zwischen normativer Vorgabe und Praxis der Politischen Bildung sowohl im Umfang als auch in der Qualität verbessert werden?

e) Entspricht das Ausbildungskonzept der Vorgesetzten aller Dienstgradgruppen den modernen Anforderungen? Welche Änderungen sind im Ausbildungskonzept der Stabsoffiziere und Generalstabsoffiziere erforderlich?

Bonn, den 22. Juni 1998

Angelika Beer
Winfried Nachtwei
Annelie Buntenbach
Christian Sterzing
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333